

Presseerklärung

Justizpolitischer Amoklauf der GdP ?

Als einen „*justizpolitischen Amoklauf*“ des GdP-Landesvorsitzenden Frank Richter bezeichnete der Vorsitzende der Staatsanwaltskommission des Bundes der Richter und Staatsanwälte (DRB-NRW), Uwe Schroeder, die Forderungen nach einer Einstellungskompetenz für die Polizei und einer Beweislastumkehr bei Drogendelikten.

Die abschließende Übertragung staatsanwaltschaftlicher Aufgaben auf die Polizei ist mit dem Kernverständnis eines demokratischen Staates, dem Gewaltenteilungsprinzip, nicht vereinbar. Zudem würde die von der GdP geforderte Ausweitung des Opportunitätsprinzips, welches grundsätzlich im Strafrecht nicht gilt, zur Einräumung einer „Wegguck-Kompetenz“ für die Polizei führen, die justizpolitisch bedenklich sei.

Auch die weitere Forderung nach einer Beweislastumkehr bei der Drogenbekämpfung ist mit dem geltenden Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland unvereinbar. „*Selbst wenn es im Einzelfall schwer fallen mag: die Unschuldsvermutung gilt ausnahmslos für jeden Beschuldigten bis zur rechtskräftigen Verurteilung. Wer etwas anderes propagiert, hat den Konsens des Rechtsstaates längst verlassen*“ kommentiert der Vorsitzende der Staatsanwaltskommission des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen, Uwe Schroeder.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Staatsanwalt Uwe Schroeder unter 01778062503.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 3300 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.